

Gewerkschaftslinker diskutiert Widerstandsmöglichkeiten

Unter dem Motto „Statt Abbau gestalten – gewerkschaftlichen Widerstand organisieren“ fand am 9. und 10. November der 14. Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken statt. Insgesamt waren an dem Wochenende etwa 80 KollegInnen aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften (IGM, ver.di, IG Bau, IG BCE u.a.) und aus über 30 Städten anwesend, viele aus dem Ruhrpott. Eingeleitet wurde die Konferenz mit der Erläuterung des Positionspapiers des Arbeitsausschusses der Gewerkschaftslinken.

Rahmenbedingungen und zu erwartenden Entwicklungen in der Automobilindustrie

Im anschließenden Referat des Verkehrswissenschaftlers und Publizisten **Winfried Wolf** wurde ein umfassender Überblick über die Lage der weltweiten wie auch der deutschen Autoindustrie geliefert. Aus Gründen, die sich unmittelbar aus den Zwängen der Konkurrenzwirtschaft und der Kapitalverwertung ergeben, wird es demnach keine Umstellung der Produktion auf andere, weniger klimaschädliche Produkte geben. Auch die Infrastrukturpolitik ist nicht angetan, uns Hoffnung zu machen in Richtung „Verkehr vermeiden“, „den öffentlichen Nahverkehr“ ausbauen usw.

Das hat aber nicht zur Folge, dass deswegen Arbeitsplätze in der Automobilindustrie sicher sind. Im Gegenteil: Die gewaltigen Rationalisierungsschübe führen dazu, dass zwar die Automobilproduktion weltweit ständig steigt (vor allem in den BRICS-Staaten), dass dafür aber nicht mehr Menschen benötigt werden. Heute arbeiten weltweit 8 Mio. Beschäftigte in der Automobilindustrie, genauso viel wie vor 50 Jahren, sie stellen aber zehnmal so viele Autos her. Vom Arbeitsplatzabbau waren bisher im Wesentlichen die „Massenhersteller“ (PSA, Fiat, Opel usw.) betroffen, aber auch die Beschäftigten in den Werken der „Premium“-Hersteller können nicht sicher sein, erst recht wenn vermehrt Werke in den „Emerging Markets“ aufgebaut werden. Die anschließende Diskussion brachte eine Reihe von Beispielen über die Auswirkungen der ständig laufenden Produktivitätssteigerungen.



Konflikt bei Opel Bochum und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenwehr

Mit der Ortswahl Bochum für diese Konferenz war die Hoffnung verbunden, sich dadurch besser mit einer größeren Zahl von KollegInnen des dortigen Opelwerks austauschen zu können. Anwesend waren dann aber nur wenige. Ein Ersatzbetriebsrat leitete mit seinem Referat die lebhafteste Diskussion ein. Kontrovers war vor allem die Frage, wie realistisch die Kampfaußsichten sind. Im Gegensatz zu dem Referenten waren viele der Diskutierenden doch eher

skeptisch, weil sich offensichtlich schon viele KollegInnen nur noch auf das Rausholen einer möglichst hohen Abfindung orientieren. Die Situation unterscheidet sich schon allein deswegen stark von 2004, weil es damals nicht um die Schließung des gesamten Werks ging.

Einig waren sich dann aber alle RednerInnen darin, dass der IG Metall-Führung vorzuwerfen ist, dass sie bei den Stellenstreichungs- und Werksschließungsplänen nicht auf Gegenwehr und Kampf setzt, sondern einzig und allein die „exklusive Solidarität“ predigt, also sich nur mit den Belegschaften jener Betriebe solidarisiert, die (noch!) nicht dichtgemacht werden sollen. Dass die Bochumer Opel-Belegschaft den faktischen Abwicklungstarifvertrag nicht angenommen, sondern mit mehr als dreiviertel aller Stimmen abgelehnt hat, hat weder die Bezirksleitung noch den IGM-Vorstand beeindruckt oder umgestimmt.

Diskussion um alternative Kampfformen, Kampagnen und Strategien

In der Arbeitsgruppenphase diskutierten die Anwesenden dann darüber, wie die **Alternativen zur Aushandlung von Sozialplänen** aussehen können, welche Kampfformen es geben kann und wie die gewerkschaftlich Aktiven auf die Strategie der IG Metall einwirken können. Ein weiteres Thema war die Frage: „Welche **Bündnisse** können von linksgewerkschaftlichen Kräften aufgebaut oder gefördert werden?“

Hier wurde vor allem hervorgehoben, dass bei einem neuen Vorstoß zur Durchsetzung der 2011 schon einmal geplanten „**Tarifeinheit**“ große Gefahr droht. Ein solches Vorhaben würde es faktisch allen „Minderheitsgewerkschaften“ unmöglich machen, für weitergehende Ziele eigene Tarifforderungen aufzustellen und zu streiken (für sie gälte dann die „Friedenspflicht“). Das beträfe dann beispielsweise auch solche „Spartengewerkschaften“, die in ihren Bereichen (etwa bei den Fluglotsen usw.) die Mehrheit der KollegInnen organisiert haben. Dieser fundamentale Angriff auf das Streikrecht wäre damit auch ein Angriff auf die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, denn wer würde sich in einer Gewerkschaft organisieren, die keine Forderungen aufstellen und nicht streiken darf?

Hier ist nach Ansicht der Gewerkschaftslinken größte Aufmerksamkeit geboten und im Bedarfsfall müsse schnell und in einem breitest möglichen Bündnis gehandelt werden.

Daneben kristallisierte sich in der Diskussion heraus, dass vor allem eine intensive **Kampagne für einen Mindestlohn** erforderlich ist, von dem „mensch auch wirklich leben kann.“ Scharf wurde die Gewerkschaftsforderung nach einem Mindestlohn von nur 8,50 Euro kritisiert. Dies sei ein Armutslohn, der nicht nur die Betroffenen weiterhin zum Beantragen von ergänzendem ALG II zwingt. Damit ist auch die Altersarmut vorprogrammiert, wie die Gewerkschaftslinker in ihrer auf dem Kongress ausgelegten **Rentenbroschüre** nachweist.

Tarifrunde Einzelhandel

Höhepunkt des zweiten Tages war dann das sehr anschauliche Referat der ver.di Sekretärin **Christina Frank** (Stuttgart), die ausführlich über die laufende Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel berichtete. Begeistert waren die Zuhörenden von der flexiblen Streiktaktik, die vor allem in Stuttgart umgesetzt wird: KollegInnen treten beispielsweise nach 2 Stunden Arbeit (etwa um 10.00 Uhr) in den Streik und gehen einige Stunden später wieder rein. Lässt die Geschäftsleitung Streikbrecher kommen, muss sie schon nach kurzer Zeit plötzlich die doppelte Belegschaft bezahlen, weil die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wichtig sind auch die gut koordinierten Aktionen (Flash Mobs) vor verschiedenen Filialen wie auch die regelmäßigen Streikversammlungen usw.

Anschließend wurde die EntschlieÙung diskutiert und ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

Auszüge aus der

EntschlieÙung des Kongresses: Statt Abbau gestalten – gewerkschaftlichen Widerstand organisieren **Aufruf an gewerkschaftlich Aktive gemeinsam für einen Kurswechsel der Gewerkschaften zu kämpfen.** **Was ist zu tun? Wir schlagen vor:**

Erstens: Es ist eine gewerkschaftliche Bewegung gegen Verzicht und Ausverkauf aufzubauen, die sich vor allem auf den Kampf gegen prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne konzentrieren muss. Zum zweiten gilt es, Belegschaften und Schichten, die in den Kampf treten, nicht „alleine“ jeder für sich, kämpfen zu lassen, sondern sie zu unterstützen, zu vernetzen, den Kampf gemeinsam zu führen. ...

Deshalb stellen wir neben unsere Forderungen, die wir als Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken in den letzten Jahren entwickelt haben, auch Vorschläge, wie wir dafür kämpfen können:

- Gegen Leiharbeit, Werkverträge und sonstige Formen prekärer Beschäftigung: Streikbruch durch Leiharbeit und Werkvertrag bekämpfen...
- Verteidigung des Prinzips der Flächentarifverträge: Keine betrieblichen (Verzichts-)Regelungen, die die gewerkschaftliche Kampfkraft schwächen. Widerstand gegen die Einführung von Einstiegsgehältern und anderen Tarifunterschreitungen...
- Kampf gegen Rentenkürzungen und Anhebung des Renteneintrittsalters: Rente mit 60 ohne Abschläge!...
- Wir setzen uns ein gegen die Festung Europa, die Flüchtling fernhalten soll und faktisch massenhaft umbringt. Für gleiche Rechte der MigrantInnen und gegen die diskriminierenden Regelungen des Asylgesetzes! Abschaffung der sog. Residenzpflicht und der Essenpakete.
- Einschränkungen des Koalitions- und Streikrecht bekämpfen: Gegen den erneuten Versuch von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsspitzen, mittels der sogenannten Tarifeinheit unsere Rechte zu beschneiden, eine gemeinsame Front aufbauen. ...
- Gewerkschaftliche Einheit und solidarisches Handeln im Kampf gegen das Kapital stärken: Ausbau der demokratischen Entscheidungsprozesse in den Gewerkschaften, insbesondere bei tariflichen Auseinandersetzungen, Aufbau und Stärkung der Vertrauensleutearbeit und von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, Vernetzungen aufbauen, um Konkurrenzdenken abzubauen und solidarische Handeln zu stärken, Stärkung der Klassenstandpunkte durch politische Bildungsarbeit.
- Gegen Betriebsschließungen: Kampf um jeden Arbeitsplatz gegebenenfalls auch mit Streik, Betriebsbesetzungen und notfalls Übernahme des Betriebes durch die Beschäftigten. Unterstützung der kämpfenden Belegschaften. Andere Betriebe des Konzerns, der Branche (auch international) oder der Region müssen einbezogen werden.
- Um das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital zu unseren Gunsten zu verändern, braucht es eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich – die 30 Stundenwoche!

EntschlieÙung

Kein voreiliger Abschluss im Einzelhandel!

Der 14. bundesweite Kongress der *Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken* (IVG) hat ausführlich die Situation der Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel diskutiert. Wir verurteilen die Angriffe des Handelsverbandes auf die tariflichen Errungenschaften der Einzelhandelsbeschäftigten durch Kündigung der Manteltarifverträge. Wir wenden uns gegen einen schnellen Abschluss, der Teile des Manteltarifvertrages aufgibt. Denn das würde eine weitere Ausweitung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnssektors bedeuten. Die (Vor-)Weihnachtszeit kann gut genutzt werden, den Druck auf die Handelsverbände zu verstärken. Der Kongress schlägt vor, diese Zeit auch dafür zu nutzen, die Vernetzung von Fachbereichen und die Verbindung zu anderen Bündnispartnern zu intensivieren, um den Kampf auszuweiten und zu verstärken.
Bochum 10. November 2013

Alle Infos zum Kongress, die komplette EntschlieÙung sowie alle Solidaritätserklärungen gibt es im Labournet:
<http://www.labournet.de/gewlinke-veranstaltungen/>

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Norgren Großbettlingen

(ehemals Erich Herion GmbH – heute ein Unternehmen der britischen IMI Gruppe)

Für sofortige Rücknahme der angekündigten Standortschließung

Am 30. August 2013 wurde der Belegschaft des Norgren-Werkes in Großbettlingen verkündet, das Werk zum Jahresende zu schließen und die Produktion in das tschechische Werk nach Brünn zu verlagern. Seit diesem Tag werden die Mitarbeiter von einem privaten Sicherheitsdienst aus Chemnitz bewacht. Diese sehen aus wie Neonazis und haben Aufkleber auf den Autos wie Neonazis. Die Belegschaft hat sich im Werk, in dem viele von ihnen seit 30 oder sogar 40 Jahren arbeiten, wie Verbrecher gefühlt, die man bewachen muss.

Am Samstag, 5. Oktober bekamen die Beschäftigten durch Zufall mit, dass die erste Montageanlage trotz laufender Interessenausgleichsverhandlungen abtransportiert werden sollte. Seit dieser Zeit bewachen sie das Werk rund um die Uhr. Seit Montag, 7. Oktober befinden sie sich im Streik - erst 5 Tage Warnstreik, seit dem 14. Oktober im unbefristeten Streik. Die rund 70 Kolleginnen und Kollegen streiken nun bereits seit 5 Wochen Tag und Nacht für den Erhalt des Standortes und für ihre Arbeitsplätze. Verschärft wird der Konflikt noch dadurch, dass Norgren gezielt versucht, den Streik der Belegschaft zu unterlaufen und Leiharbeiter und Werkvertragsbeschäftigte als Streikbrecher einsetzt. Das zeigt uns auch, wie gefährlich diese Beschäftigungsformen sind, wie damit auch Streiks geschwächt werden können. Wir verurteilen dies auf das Schärfste.

Wir haben große Hochachtung davor, dass ihr euch gegen dieses Diktat so standhaft zur Wehr setzt. Wir stehen solidarisch hinter euch und werden über eure Situation und eure Aktionen in unserem Netzwerkinfo der Gewerkschaftslinken berichten, um so euren Kampf bundesweit bekannt zu machen und zu stärken. Wir unterstützen eure Forderung und euren Streik nach sofortiger Rücknahme der angekündigten Standortschließung und für den Erhalt eurer Arbeitsplätze.

Wir wünschen euch viel Erfolg.

Bochum, 9.11.2013

Aktueller Stand der Auseinandersetzung

Betriebsrat und Geschäftsführung einigten sich am 27.11. (nach 8 Wochen Streik) auf einen Sozialplan, in dem Abfindungen in Höhe eines vollen Monateinkommens pro Beschäftigungsjahr vereinbart wurden. Weiter wurde die Einrichtung einer Transfergesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten verabredet. Am 5.12. soll dies unterschrieben werden. Die Kolleginnen und Kollegen streiken bis dahin weiter und werden dann in einer Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis abstimmen.

Weitere Infos unter:

<http://www.esslingen.igm.de/>

Hände weg vom Streikrecht!

Presseberichte über den Stand der Koalitionsverhandlungen hatten es schon vor einiger Zeit befürchten lassen, jetzt bestätigt die Seite 70 des Koalitionsvertrags, dass sich die Große Koalition dazu verpflichtet, die „Tarifeinheit“ gesetzlich zu regeln. Wörtlich heißt es: „Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.“

Das ist der zweite Anlauf in dieser Sache, nachdem das gleichgerichtete, gemeinsame Vorhaben von DGB und Arbeitgeberverbänden am großen Widerstand innerhalb von Teilen der DGB-Gewerkschaften, hier insbesondere in ver.di, den Spartengewerkschaften und der Ablehnung der großen Mehrheit der ArbeitsrechtlerInnen in Wissenschaft und Anwaltschaft gescheitert war.

**Hände weg vom Streikrecht!
Für volle gewerkschaftliche
Aktionsfreiheit**



NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK

Schon beim ersten Versuch hatten die DGB-Spitze und die Führungen von IGM, IG BCE und ver.di eine anstößige Rolle hinter dem Rücken der Mitgliedschaften zur klammheimlichen Durchsetzung der Einschränkung des Streikrechts gespielt. Der Versuch musste seinerzeit – auch unter Mithilfe der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken –

abgebrochen werden. Wir hatten schon damals aber prognostiziert, dass es sich hierbei nur um einen vorübergehenden Aufschub und nicht um eine Beendigung der Aktivitäten handelt. Leider haben wir Recht behalten. Die DGB-Spitze und die DGB-Einzelgewerkschaften haben im Zuge der Koalitionsverhandlungen hinter den Kulissen in dieser Frage erneut eine mehr als unrühmliche Rolle gespielt, und sie sind noch stolz auf ihren „Erfolg“, wie Michael Sommer in seiner Erklärung vor Presse und Fernsehen betonte. Weiter steht zu befürchten, dass die flankierenden Regelungen in einer Änderung des Grundgesetzes bestehen.

Gemeinsam den Widerstand organisieren

Für alle, die die geplanten Eingriffe in das Streikrecht, die Tarifautonomie und das Recht auf Koalitionsfreiheit erneut verhindern wollen, gilt es, frühzeitig den Widerstand gemeinsam zu organisieren. Umso besser, dass rasch die breite Koalition gegen die Pläne wieder zusammenfindet. Um Aufklärung über die Pläne mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Widerstandsaktionen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften gemeinsam voran zu bringen. Erste Schritte hierzu sind bereits eingeleitet.

Bundesweites Vernetzungstreffen „Hände weg vom Streikrecht!“

am Sonntag, 26. Januar 2014 in Kassel
Uhrzeit und Ort werden ab Mitte Dezember im Labournet veröffentlicht unter:

www.labournet.de/GewLinke

Facebook:

<https://www.facebook.com/HaendeWegvomStreikrecht>

Schluss mit Kuscheeln zwischen DGB und Bundeswehr!

Im Februar 2013 trafen sich der DGB-Chef Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maiziere. Dabei wurde eine engere Kooperation beider Institutionen vereinbart. Gegen diese Positionierung von Michael Sommer gab es heftigen Widerspruch von vielen GewerkschafterInnen und aus der Friedensbewegung (s. Link unten).

Trotzdem will sich die DGB-Spitze der Bundeswehr weiter annähern. Dies hat ein „Sicherheitspolitischer Workshop“ des DGB am 30. Oktober 2013 in Berlin gezeigt. Das Programm wurde von den KritikerInnen als ein Schlag ins Gesicht der Friedens- und Antikriegsbewegung gewertet. Auf der Teilnehmerliste des Workshops findet man die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium, die Rüstungslobby, den Reservistenverband, den Beirat Innere Führung mit Winfried Nachtwei als Referenten der Tagung und viele andere Bundeswehrfreunde vertreten; von Gewerkschafterseite laut Anmeldungen:

- IG Metall-Kollegen fast ausschließlich aus der Rüstungsindustrie (u.a. Atlas-Elektronik, Rheinmetall Landssysteme, EADS Deutschland GmbH, Lürssen-Werft, Thales Deutschland)
- ver.di-KollegInnen zu 50 Prozent aus der Fachgruppe Bundeswehr.

Entsprechend waren die Referenten ausgewählt.

Aber es gab deutlichen Widerstand gegen die geplante Richtung des Workshops. Bereits vor der Türe wurden kritische Transparente gezeigt und Flugblätter verteilt. Gleich nach der Eröffnung verlas eine Vertreterin der GEW eine kritische Erklärung, drei Transparente wurden entfaltet, und nach den rüstungsfreundlichen Referaten folgte ein kritischer Redebeitrag nach dem anderen.

Ein wichtiges Ergebnis:

Am Schluss erklärte Marlies Tepe, GEW-Vorsitzende, dass wie gefordert ein zweiter, kritischerer Workshop stattfinden soll. Es liegt nun an den friedensbewegten GewerkschafterInnen, dies tatsächlich einzufordern!

Mehr Infos unter:

<http://www.labournet.de>

- ➔ Interventionen
- ➔ Kriege und Militarismus
- ➔ Gewerkschaften und Bundeswehr



Mindestlohn von 12 Euro durchsetzen

Deutschland hat in Europa mit 22 % den größten Niedriglohnsektor (Niedriglohn sind weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns). Dies hat verschiedene Ursachen. So ist die Tarifbindung in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten rapide gesunken. Wurden 1998 noch deutlich mehr als 70 % aller Beschäftigten nach Tarif bezahlt, waren es 2012 nur noch 59 %. In einer Analyse kommen Prof. Dr. Gerhard Bosch und Dr. Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen außerdem zu folgenden Ergebnissen: Wo die Gewerkschaften schwach sind, würden teilweise Tariflöhne unter der Niedriglohnschwelle vereinbart. In vielen kleinen Unternehmen gebe es zudem keinen Betriebsrat, der die Einhaltung tariflicher Mindeststandards kontrollieren könnte. Ohne einen generellen Mindestlohn seien so neben dem klassischen deutschen Tarifmodell "große weiße Zonen eines unregulierten Arbeitsmarktes" entstanden. Darüber hinaus verweigerten die Arbeitgeberverbände seit mehreren Jahren die Zustimmung zu Allgemeinverbindlicherklärungen.

Hoher Mindestlohn begrenzt Niedriglohnsektor

In ihrer Untersuchung haben sie auch die Auswirkungen von Mindestlöhnen auf die Lohnverteilung genauer untersucht. Dazu verglichen die Wissenschaftler die Situation in 14 EU-Staaten. Die meisten Mindestlöhne liegen laut ihrer Analyse unterhalb der Niedriglohnschwelle und haben daher wenig Einfluss auf den Anteil der Geringverdiener. Nur der französische Mindestlohn sei so hoch, dass er einen eigenständigen Beitrag zur Begrenzung des Niedriglohnsektors leiste. **In allen Staaten könnten gesetzliche Untergrenzen aber das Ausfransen der Verdienste nach unten verhindern**, also die Lohnungleichheit innerhalb des Niedriglohnsektors verringern. Dies zeigt, wie dringend ein hoher Mindestlohn notwendig ist, um der Ausbreitung des Niedriglohnsektors Einhalt zu gebieten

Mit Mindestlohn 8,50 € unterhalb des Mindestlohniveaus in anderen westeuropäischen Staaten

Nach der Analyse des WSI-Mindestlohnexperten Dr. Thorsten Schulten "läge Deutschland mit einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde noch deutlich unterhalb des Mindestlohniveaus in anderen westeuropäischen Staaten. Dies gilt erst recht, wenn man die entsprechende Kaufkraft des Mindestlohns berücksichtigt. Auch gemessen am mittleren Stundenlohn stellen 8,50 € keineswegs einen ungewöhnlich hohen Wert da", betont Schulten. Von den insgesamt 21 EU-Staaten, die über einen gesetzlichen Mindestlohn verfügen, liegt dieser in fünf Staaten oberhalb von 8,50 €. Hierzu gehören Luxemburg mit einem Spitzenwert von 11,10 €, sowie Belgien, die Niederlande und Frankreich mit Werten zwischen 9,07 und 9,43 €. Selbst im krisengeplagten Irland liegt der Mindestlohn mit 8,65 Euro noch oberhalb der im Koalitionsvertrag beschlossenen 8,50 €. Um die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Europa zu berücksichtigen, hat das WSI die Mindestlöhne auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten neu berechnet. Ein Mindestlohn von 8,50 € würde demnach in Deutschland einem Kaufkraftstandard von 7,14 € entsprechen. Der kaufkraftbereinigte Mindestlohn in Deutschland würde damit etwa auf dem Niveau des Mindestlohns in Großbritannien und deutlich unterhalb der Mindestlöhne in Frankreich, den Beneluxstaaten und Irland liegen. Das mittlere Einkommen in der BRD betrug 2011 16,35 €. Berücksichtigt man die Einkommensentwicklung 2012/13 liegen 8,50 € gerade mal bei ca. 50 % des mittleren Einkommens. Das entspricht dem europäischen Mittelfeld. Die Forderung der Gewerkschaftslinken von 12 € Mindestlohn liegt bei 70 % des mittleren Einkommens, d.h. er liegt knapp über dem Niedriglohn. Also kein bisschen zu hoch.

Weitere Infos unter: <http://www.boeckler.de> (WSI-Mitteilungen 6/2013, Pressemitteilung zum Mindestlohn vom 6.11.)

Der Vorsitzende und der Einstiegslohn

Mitten im Sommerloch hatte **Detlef Wetzel**, neuer Vorsitzender der IG Metall, den Unternehmen ein Angebot gemacht. In einem Bericht in der FAZ vom 26.8.2013 war zu lesen, dass im Zuge der Auseinandersetzung über umstrittene Werkverträge in deutschen Unternehmen Vertreter der Industrie und der Gewerkschaft IG Metall offen über die Einführung niedrigerer Tariflöhne für industrielle Dienstleistungstätigkeiten diskutieren. Es heißt dort, Wetzel habe zugesichert, *„dass seine Gewerkschaft bereit sei, mit den Arbeitgebern über die Einstiegsgehälter des Metall-Tarifs zu reden.“* Und weiter: *„Wir verweigern uns keiner Diskussion.“* Allerdings werde dann *„nicht nur über das Tarifniveau zu reden sein.“* *Notwendig sei ein „stimmiges Tarifkonzept für eine zukunftsfähige Metall- und Elektroindustrie in Deutschland“.* *Dazu zählten wirksame Regeln gegen ein Umgehen von Tarifverträgen*, soweit das Zitat aus der FAZ. Aus dem Artikel wurde deutlich, dass es nicht um niedrigere Tarife für „Einsteiger“ im Sinne von Berufsanfänger/innen geht, sondern um Löhne unterhalb der Entgeltgruppe 1. Diese würden mit regionalen Unterschieden um bis zu 80% über 8,50 € liegen, die als Anhaltspunkt für einen gesetzlichen Mindestlohn gelten.

Das sorgte für Empörung. Überall im Land protestierten Metallerrinnen und Metalller. Auch wir als Arbeitsausschuss sammelten Unterschriften unter einen Offenen Brief. Die Empörung war so deutlich, dass sich **Jörg Hofmann** und anschließend auch **Berthold Huber** von dieser Linie absetzten, bis es Detlef Wetzel gar selbst tat. Soweit so gut.

Misstrauen bleibt angebracht. Der Abschluss des schäbigen Tarifvertrags für LeiharbeiterInnen, der diesen equal pay verweigert und der Jubel über einen Koalitionsmindestlohn von 8,50 € in vier Jahren lässt befürchten, dass der neue Vorsitzende noch kreativer werden wird. Die Idee, zwischen dem Niveau der Leiharbeitslöhne und des fernen Mindestlohns und der untersten Entgeltgruppe einen Billiglohn einzuziehen, ist für Leute wie Wetzel sehr verführerisch. So kann die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals erhalten werden und man kann zugleich „Mitglieder machen“. Möglicherweise wird diese Ebene dadurch geschaffen, dass irgendwo LogistikarbeiterInnen wieder in die Stammebelegschaft „ingesourct“ werden, für die 3 bis 4 € mehr pro Stunde eine echte Verbesserung darstellen. Dieses Niveau kann dann umgekehrt im Namen der Verhinderung von Leiharbeit und Werkverträgen zur Absenkungen des Tarifs nach unten verwendet werden. **Es gilt wachsam zu sein.**

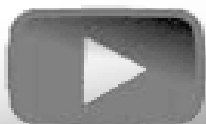


LabourNet Germany

Newsletter abonnieren unter:

<http://www.labournet.de/newsletter/>
Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

labournet.tv



Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –

Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 4. Dezember 2013